Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.65 Mark, vierteljährlich 4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspeststellen angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitungeingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1160, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postsched-Konto Leipzig Nr. 4604.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werd. d. 7gespalt. 38mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 5, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 606. Halle, Sonnabend, den 28. Dezember. 1918.

Der Ernst der Regierungskrise.

Eine Breslauer Abordnung in Berlin. — Verhandlungen über eine Republik Schlesien. — Der Wert der Machtmittel. Die Aufgabe des Zentralrates. — Fortdauer der Posener Kämpfe.

Vor der entscheidenden Sitzung.

Berlin, 28. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die gemeinsame Sitzung des Rats der Volksbeauftragten und des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die die Entscheidung über die Regierungskrise bringen soll, ist auf heute vormittag 10 Uhr in der Reichskanzlei angesetzt worden. Die formelle Frage, mit der man sich zu beschäftigen haben wird, dürfte die von den Unabhängigen aufgeworfene Frage sein, ob der Zentralrat die Aufbietung der Truppen gegen die Matrosen durch die Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg zu billigen gedenkt. Falls der Zentralrat diese Frage bejaht, wird ein Ausscheiden der Unabhängigen aus dem Kabinett für wahrscheinlich gehalten. Daraus wäre nicht ohne weiteres der Schluß zu ziehen, daß sie auch auf die Regierungsgewalt verzichten wollen. Nach der Haltung, die die Unabhängigen und die mit ihnen in enger Gemeinschaft arbeitenden Spartakusleute bisher an den Tag gelegt haben, liegt es durchaus im Bereiche der Möglichkeit, daß sie versuchen werden, auf eigene Faust eine Regierung zu bilden.

Wann fällt die Entscheidung?

Berlin, 28. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Die Regierungskrise soll nun heute entschieden werden, da die von den Volksbeauftragten einberufene Zustimmung der Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte, gestern noch nicht vollzählig in Berlin versammelt war und aus diesem Grunde keine Beschlüsse fassen konnte. Allerdings haben gestern Besprechungen der [illegible] Mitglieder des Zentralrats untereinander, wie insbesondere auch mit den mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten stattgefunden. Heute vormittag hat nun zunächst der Zentralrat für sich allein über die Lage beraten und erst mittags soll die gemeinsame Sitzung des Zentralrates mit den Volksbeauftragten zur Entscheidung der Krisis abgehalten werden. Der Rat der Volksbeauftragten hat heute vormittag eine Besprechung mit einer aus Breslau eingetroffenen Abordnung abgehalten, die sich mit der Frage der Errichtung einer Republik Schlesien befaßte. Der Ernst der Regierungskrise kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Selbst in den Kreisen der gegenwärtigen Regierung wird betont, daß die Auswirkungen der Krise, möge die Entscheidung wie immer fallen, das ganze deutsche Volk treffen. Im Augenblick scheint jede der beiden Parteien, Mehrheitssozialisten wie Unabhängige, entschlossen, ihren Standpunkt durchzusetzen. Die Mehrheitssozialisten erklären, ohne Machtmittel die weitere friedliche Entwicklung nicht verbürgen zu können. Die Unabhängigen dagegen sind noch immer der Meinung, daß es keiner Machtmittel bedarf, um die Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern daß die gesicherte Entwicklung der Produktion, auf die übrigens nach Ansicht der Parteien in unserer gegenwärtigen Zeit alles ankommt, sich durch Erfüllung der Wünsche der arbeitenden Massen in sozialistischem Geiste und im Rahmen des Möglichen herbeiführen läßt. Die Unabhängigen selbst ziehen zwischen sich und der Spartakusgruppe, auch Liebknecht persönlich, eine scharfe Grenze und sprechen die Meinung aus, daß die Arbeiterschaft in ihrer erdrückenden Mehrheit den Spartakisten fernsteht. Jedenfalls erhellt aus dem Gesagten, daß die Lage nicht nur für die beiden jetzt die Macht beanspruchenden Parteien in der Sozialdemokratie, sondern durch die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Kampfes an sich auch für das Bürgertum von allergrößtem Ernste ist. Dem Zentralrat liegt daher eine ungeheuer schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe ob. Im Hintergrund der Sorgen aller ihrer Verantwortung sich bewußten politischen Persönlichkeiten ruht nur die Hoffnung, daß der Zentralrat, der über den engeren Berliner Kreis die Lage ganz Deutschlands erfassen und berücksichtigen muß, eventuell durch einen Personenwechsel eine friedliche Lösung der Krise finden wird, um den Bürgerkrieg zu vermeiden.

Wilsons Reise in die Schweiz.

r. Köln, 28. Dez. (Privattelegramm.) Die „Köln. Ztg." meldet von der schweizerischen Grenze: Die „Basler Nachrichten" bestätigen die Meldung, daß Präsident Wilson am nächsten Sonnabend nach der Schweiz kommen werde. Auf der Durchreise nach Italien besuche er Genf und Bern.

Besprechungen zwischen Wilson und Lloyd George.

Rotterdam, 28. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Gestern früh um ½11 Uhr haben die Besprechungen zwischen Wilson und Lloyd George begonnen. Auch Balfour war anwesend. Die Konferenz wurde später in Downing Street fortgesetzt. Reuter ist zu der Mitteilung ermächtigt, daß die Besprechungen für beide Teile sehr befriedigend verliefen und um ½6 Uhr beendet waren. Nur Wilson, Lloyd George und Balfour nahmen teil. Eine Tagesordnung war nicht aufgestellt. Der Gedankenaustausch war ganz zwanglos und behandelte Wilsons 14 Punkte. Reuter sagt, das Ergebnis der Besprechungen werde sich bald in weiten Kreisen fühlbar machen. Alle Staatsmänner, die mit Wilson in Berührung kamen, standen unter dem Eindrucke seiner Offenherzigkeit und seines Geistes. Nach Schluß der Konferenz erklärte man sich von deren Resultat sehr befriedigt und ein Staatsmann sagte, Reuter dürfe ruhig erklären daß keine ernsthaften Meinungsverschiedenheiten zutage getreten sind.

Weitere Kämpfe in Posen.

Posen, 28. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Heftige Kämpfe fanden gestern in der Gegend des Residenzschlosses am Berliner Tor statt. Das Schloß wurde von Soldaten polnischer Nationalität besetzt und aus dem Schlosse heraus mit Gewehren, Handgranaten und Maschinengewehren gegen die anstürmenden deutschen Truppen geschossen. Eine Anzahl polnischer und deutscher Soldaten sowie Zivilisten wurden verwundet. Ob auch Tote zu beklagen sind, ließ sich bisher nicht feststellen. Die Straßenbahnen haben teilweise den Verkehr eingestellt.

Wann Frankreich räumen will?

Basel, 28. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Morningpost" meldet aus Paris: Frankreichs Forderungen an Deutschland enthalten nach den in der Kammer umlaufenden Nachrichten die Erstattung der 5 Milliarden von 1870 bezw. 1873 einschließlich der Zinsen und Zinseszinsen. Das „Journal des debats" schreibt: Die von uns besetzten Gebiete am Rhein werden wir, genau wie es die Preußen 71 getan haben, erst räumen, wenn unsere Friedensforderungen bis auf den letzten Punkt erfüllt sind.

Ausweisungen aus Belgien.

Rotterdam, 28. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Vandervelde verfügte die Ausweisung aller derjenigen deutschen und österreichischen Unterinnen aus Belgien, die dem Kaiser gedient haben. Ausgenommen sind die Personen, die im feindlichen Heere standen oder die im Zivildienst der Besatzung tätig waren.

Beschießung von Reval.

Landung britischer Soldaten.

Haag, 28. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Times" erfahren aus Stockholm: Nach längerer Beschießung von Reval und der Bolschewistenfront am Golf von Finnland sind britische Streitkräfte in jenen Gebieten angelangt. In Petersburg herrscht die Auffassung, daß die Entente binnen kurzem die russische Hauptstadt besetzen werde. Es sollen bereits ausgedehnte Maßnahmen der bolschewistischen Behörden zur Uebersiedlung nach Moskau eingeleitet werden sein.

Britische Schiffe in Kopenhagen.

Bern, 28. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Dem „Berner Intelligenzblatt" zufolge meldet der Pariser „Temps" aus Kopenhagen: Eine wichtige Abteilung der britischen Flotte hat Kopenhagen zur Basis ihrer Bewegungen gewählt. Die englischen Schiffe fahren aus und ein und die Mannschaften steigen sehr oft an Land. Vorgestern ist der große britische Panzerkreuzer „Conventry" in Kopenhagen eingefahren.

Die britische Machtstellung.

Haag, 28. Dez. (Eig. Drahtnachricht.) Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamschen Courant" meldet: Nach Pariser Meldungen verlautet, daß Präsident Wilson eine Erklärung abgeben wird, wonach England seine Marinemachtstellung, die es bisher innehatte, weiterhin gesichert werden soll. Es wird vermutet, daß diese Stellungnahme des Präsidenten Wilson ihm die Unterstützung für seine Pläne sichern wird. Er beabsichtigt, den Vorschlag zu machen, daß die Flottenmachtstellung Englands unerörtert bleiben soll. Auch die Freiheit der Meere soll entsprechend behandelt werden.

Ein Donaubund.

Zürich, 28. Dez. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Neue Zürcher Zeitung" meldet aus Budapest: In einer Volksversammlung erklärte Karolyi, er hoffe, Amerika werde nicht zulassen, daß Wilsons 14 Punkte ihres wesentlichen Inhalts entkleidet werden. Ein Donaubund nach schweizerischem Muster würde die wirtschaftliche Einheit mehr heben und die natürlichen Grenzen schützen, wobei jeder Nation die volle politische Freiheit belassen bleibt.

Gewaltsame Lösung der Krise?

Berliner Meldung eines Leipziger Blattes: Unter den Spartakusleuten wird die Verteilung von Gewehren und Munition fortgesetzt. Gegen den Eintritt der Matrosen in die republikanische Soldatenwehr macht sich in Kreisen der Soldaten steigender Widerstand geltend. Die allgemeine Lage treibt deutlich einer gewaltsamen Lösung der Krise zu.

So macht es den Anschein, als ob es in Deutschland wirklich gewissenlosen Hetzern gelingen sollte, das Volk einem Bürgerkriege entgegenzutreiben. Durch das schmachvolle Verhalten eines Teiles der Führer der unabhängigen Sozialdemokratie und der Spartakusleute rücken wir der traurigen Möglichkeit näher, daß noch mehr deutsches Blut in Bruderkämpfen fließt, als ohnehin schon am 6. und 24. Dezember in Berlin geflossen ist. Die Volksverhetzung, die zum Bürgerkriege führen muß, geht aus von Leuten, die seit dem 9. Nov. die Massen nicht genug mit dem phantastischen Märchen aufwiegeln konnten, daß eine planmäßige Gegenrevolution die Früchte der stürmischen Novembertage bedrohen könnte. „Was ich denk und tu, trau ich andern zu." Gerade diese Kreise waren es, die Ruhe und Ordnung im Lande nicht einkehren ließen, weil sie selbst nach der Macht und nach dem Sturze der Regierung Ebert-Haase trachteten. Sie schürten die Erregung im Lande stets aufs neue, um aus der Verwirrung ihren partei-egoistischen Nutzen ziehen zu können. [illegible] daß sie am Ziele ihrer Sehnsucht stehen. Man veröffentlicht bereits allerlei Kombinationen über eine neue Regierung, die das traurige Erbe der Herren Ebert-Haase übernehmen soll. Trotzdem hat die Regierung, die einstweilen noch am Ruder ist, soeben erklären lassen, daß sie an einen Rücktritt nicht denkt. Aber andererseits hat sie doch schleunigst den auf dem Rätekongreß in Berlin neugebildeten Zentralrat zusammengerufen, um einen Ausweg aus der verzweifelten Lage zu finden.

Als der Rätekongreß, dessen Tagung in Berlin am 16. Dezember begann, seine Beratungen abschloß, da konnte man glauben, daß diese Verhandlungen zu einer Stärkung der Regierung Ebert-Haase führen würden. Die Strömungen der radikalen Elemente, die entweder gar keine Nationalversammlung wollten oder doch nur ein verspätetes Zusammentreten der Konstituante, waren gegenüber den Anhängern des parlamentarischen Gedankens mit überwältigender Mehrheit unterlegen. Der baldige Beginn einer praktischen Tätigkeit der Nationalversammlung schien gesichert zu sein mit der Sicherung der Ebertschen Regierung. Dieser Schein war trügerisch. Das, was man noch heute als Regierung ansieht, war bereits zu sehr ins Schwanken gekommen. Die Männer um Ebert und Haase hatten sich schon zu weitgehend durch ihre Zielesigkeit und Unentschlossenheit um den politischen Kredit gebracht. Schritt für Schritt waren sie vor den Treibereien Ledebours und Liebknechts zurückgewichen. Das mußte sich rächen. Große Volksmassen — gegenüber der Gesamtbevölkerung nicht entscheidend, immerhin aber doch schon Volksmassen — fingen an, dem Stern der Richtung Liebknecht-Ledebour mehr zu vertrauen als den nominellen Regierungsleuten. Dazu kam, daß die Regierung seit ihrem Bestehen daran krankte, daß sie nicht „homogen" war. Innerhalb der Regierung saßen und sitzen Männer, die den in den Graben gefahrenen Wagen nach zweierlei Richtung fortbewegen wollten. Ein Pferd stand, um bei diesem Bilde zu bleiben, vor dem Wagen, das andere hinter ihm. Der Volksbeauftragte Barth, der den radikalen Unabhängigen nahe steht, wollte immer etwas ganz anderes wie seine Kollegen Ebert und Landsberg. Dabei mußte das Hochkommen der Spartakus-Leute eine natürliche Folge sein.

Heute steht die Regierung vor den Trümmern ihrer Politik. Sie erwartet alles Heil von dem für heute erwarteten Zusammentritt des Zentralrats. Der Streit wird voraussichtlich um die Frage gehen: War der Gebrauch der Waffengewalt gegen die Matrosen berechtigt? Verneint der Zentralrat diese Frage, dann muß die Regierung gehen und der Weg für Liebknecht und Ledebour ist frei. Wird die Frage bejaht, womit wohl zu rechnen ist, dann dürfte der Volksbeauftragte Barth aus der Regierung ausscheiden, womit der Weg für eine Regierung, die nur aus Mehrheitssozialisten besteht, geebnet ist. Was geschieht dann? Die Antwort ist nicht schwer. Der Einfluß der Gasse wird noch größer werden! Die Eingriffe der Straße in

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181228010/fragment/page=0001

die Regierungsgewalt werden sich mehren und das, was bisher der Draht verein el me'dete, wird dann den Hauptinhalt des Materials ausmachen, das vom Wolffschen Telegraphen-Bureau der Oeffentlichkeit übergeben wird.

Der gewaltsamen Auseinandersetzung werden wir damit leider weiter näher gerückt. Der lachende Dritte ist der Feind, der am Rheine steht und sorgfältig alles beobachtet, was im deutschen Vaterlande vor sich geht. Seine Stellungnahme geht unscheuer aus der folgenden Meldung des „Vorwärts" aus Essen hervor: „Ein belgischer Offizier erschien am Donnerstag in Essen und verlangte die Herausgabe einer Stadtplanes, da infolge der in der Stadt ausgebrochenen Unruhen eine militärische Besetzung notwendig sei. Es wurde ihm erklärt, daß in Essen alles ruhig sei." Der Feind wartet nur auf ein Ueberhandnehmen des Wirrwarrs, um das, was er in Essen tun wollte, auch im übrigen Deutschen Reiche durchzuführen. Diese Gefahr kann nicht ernst genug betrachtet werden. Ihr zu begegnen, ist Pflicht aller derjenigen, die eine baldige Wiedergesundung Deutschlands erstreben. Und das beste Mittel hierzu ist nach wie vor: Bildung einer starken bürgerlichen Partei! Das Bürgertum muß sich zu der Erkenntnis durchringen, daß wir zu geordneten Zuständen nicht dadurch kommen, wenn das sozialdemokratische Mitläufertum vermehrt wird. Nur wenn sich das Bürgertum in Stadt und Land auf sich selbst besinnt und mannhaft für eine Einigung unter demokratischer Fahne eintritt, kann ein Gegengewicht gegen den Geist der Auflösung und Zersetzung geschaffen werden. Nur eine starke, in sich geschlossene demokratische Partei kann die Vorbedingung aller Bestrebungen für möglichste Abkürzung des jetzigen Krisenzustandes sein. Hier liegt die große Aufgabe, die dem Bürgertum in den nächsten Wochen gestellt ist. Wird diese Aufgabe befriedigend gelöst, dann dürfen wir hoffen, daß Deutschland auch durch die schwersten Krisen zu neuem Leben erwachen wird.

Carl Helms.

Die Bemühungen des Zentralrates.

Berlin, 28. Dez. Das „Berl. Tagebl." läßt sich folgendermaßen aus: Da der Zentralrat aus durchweg Mitgliedern der alten Sozialdemokratie zusammengesetzt ist, so dürfte er prinzipiell bereit sein, den Wünschen Eberts, Scheidemanns und Landsbergs Rechnung zu tragen. Aus taktischen Gründen wird er aber alles Mögliche tun, nach versuchen, noch einmal die Gegensätze zu überbrücken und schon aus Rücksicht auf den Wahlkampf für ein Beisammenbleiben der beiden Richtungen im Kabinett eintreten.

Der „Vorwärts" führt aus: Die sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder in der Regierung haben den ehrlichen Willen gezeigt, nicht nur mit der Partei der Unabhängigen zusammenzuarbeiten, sondern auch Schwankende zu stützen. Die Bewegung war so heftig, daß sie eben mit ins Schwanken geriet. Das Experiment konnte nur gelingen, wenn die Unabhängigen einen scharfen Schnitt zwischen sich und Spartakus vollzogen und sich daran erinnerten, daß sie auch Sozialdemokraten seien. Dazu sind sie offenbar nicht mehr stark genug gewesen und während sie selbst in der Regierung saßen, nahm sie sich genötigt, mit einer Gruppe zu temporisieren, die statt der Sozialdemokratie die [illegible] Wenn die Unabhängigen aus der Regierung ausscheiden, was nach der Ausbildung der „Zerlegt" als eine besonders bedeutende Tatsache anzusehen ist, so wird die nächste Folge sein, daß es im Hexenkessel Berlins noch etwas stärker rumoren wird.

Wels über die letzten Vorgänge.

Berlin, 27. Dez. Der Stadtkommandant Wels schickt dem WTB. eine Darstellung der Vorgänge am 23. Dezember, in der es u. a. heißt:

Die Differenzen zwischen der Volksmarinedivision und der Kommandantur liegen längere Zeit zurück; sie sind insbesondere in erster Zeit darauf zurückzuführen, daß es der Kommandantur niemals gelang, von der Leitung der Marinedivision genaue Angaben über ihre tatsächliche Stärke zu erlangen. Dazu kamen Meldungen über Vorgänge im Schlosse, die schließlich ihre Bestätigung erhielten durch eine Denkschrift des preußischen Finanzministeriums, in welcher dargestellt wurde, daß die Plünderungen bis in die letzte Zeit fortgesetzt seien und zu einem

Raubzuge der gesamten Schloßwache gegen die Silberkammer

in den ersten Tagen des Dezember geführt hätten. Zu gleicher Zeit war bei der Reichsregierung ein Antrag der Volksmarinedivision eingegangen, dieselbe auf 5000 Mann zu erhöhen, sie aus dem Verbande der Marine auszuscheiden und als ständige Truppen der republikanischen Sicherswehr in Berlin anzugliedern. Dies Verlangen veranlaßte den Volksbeauftragten Ebert, mir den Auftrag zu geben, mit der Marinedivision in Unterhandlungen wegen Räumung des Schlosses und Verminderung ihrer Kopfzahl einzutreten. Diese führten dazu, daß die Marinedivision sich verpflichtete, das Schloß zu räumen und die Marinedivision auf ca. 600 Mann zu verringern. Nach Mitteilung der Marinedivision wurden am nächsten Tage 46 und am darauffolgenden Tage 44 Mann entlassen. Von da ab fehlen weitere Meldungen über ihre Verringerung.

Das Schloß wurde nicht geräumt,

sondern blieb von den Matrosen besetzt. Am 21. Dezember ging mir von der Reichskanzlei der Auftrag zu, den Matrosen 80 000 Mark auszuzahlen, jedoch erst nach Räumung des Schlosses und Uebergabe sämtlicher Schlüssel, ebenso die Anweisung, daß noch dem 1. Januar nur für 600 Matrosen Löhnung gezahlt werden sollte. Ich bemühte mich, mit der Marinedivision in Verbindung zu kommen. Mein Adjutant, Leutnant Fischer, teilte mir am Sonntag, den 22. Dez., vormittags mit, daß er die Matrosen um 11 Uhr zum Zwecke der Rücksprache bestellt hätte. Die Matrosen erschienen jedoch nicht. Am 23. Dez. nachmittags rief der Volksbeauftragte Barth telephonisch bei mir an und teilte mir mit, daß die Matrosen bei ihm wären und die Schlüssel übergeben hätten. Ich erklärte, der Volksbeauftragte für militärische Angelegenheiten sei Ebert. Ich bäte ihn, mit den Matrosen und den Schlüsseln zu Ebert zu gehen. Wenn Ebert mir den Auftrag gäbe, würde ich das Geld auszahlen. Ich nahm an, daß Barth sich nun mit Ebert in Verbindung setzen würde und wartete auf Anweisung. Indessen war einige Zeit verstrichen und ich erhielt von der Reichskanzlei die Mitteilung, daß die

Matrosen die Telephonzentrale besetzt

hielten und auf Anweisung des Herrn Dorenbach niemand in das Haus aus oder ein gehen dürfe. Ich beorderte Truppen zur Reichskanzlei und eilte zur Kommandantur zurück. Um die Truppen in der Wilhelmstraße selbst zu beaufsichtigen, wollte ich die Kommandantur verlassen, woran ich von den Matrosen dadurch gehindert wurde, daß sie mich auf der Straße um Verhandlungen ersuchten. Meine erste Frage an Dorenbach war, wie er dazu gekommen sei, die

Reichsregierung gefangen zu setzen.

Er wich einer Antwort aus. Ich fragte ihn, wo die Schlüssel wären, ob sie Ebert übergeben wären oder ob Barth sie noch in Besitze habe. Er erklärte, sie seien zurzeit wieder im Schlosse. Ich erklärte ihm darauf, daß unter diesen Umständen die Zahlung der 80 000 Mark für mich nicht möglich wäre. Die Matrosen waren in ziemlicher Stärke ins Zimmer gedrungen; es herrschte

wüster Lärm.

Alles schrie durcheinander, als von der Straße Schüsse ertönten, die von der Universität her kamen. Ich sprang auf den Balkon der Kommandantur und schrie in Richtung nach dem Zeughause: „Feuer einstellen, nicht schießen, es wird verhandelt!" Noch einmal gelang es mir, in das Nebenzimmer zu treten, als ich dort ein Telephon läuten hörte. Am Apparate meldet sich Generalkommando Lequis, dem ich die Mitteilung machte, daß ich in der Kommandantur eingeschlossen sei und von hier aus nichts mehr unternehmen könne. Ich bäte ihn, alles von dort zu tun. Die Matrosen hatten in immer stärkerem Maße Eingang in das Haus gefunden. Durch ein Fenster im Parterregeschoß der Kommandantur erstiegen Matrosen mit einem leichten Maschinengewehr auf dem Rücken die Kommandantur. Man bedrohte uns in immer stärkerem Maße, wenn wir nicht sofort die 80 000 Mark herausgäben sowie die schriftliche Erklärung abgäben, daß die Volksmarinedivision als dauernd in Berlin stehender Truppenteil anerkannt würde. Die letzte Erklärung gab ich nicht ab. Die 80 000 Mark aber habe ich sodann ausgezahlt, weil ich hoffte, die Matrosen dadurch zum Abzuge zu bewegen. Das war jedoch irrig. Im Gegenteil tobten sie immer stärker und schließlich führten sie uns unmittelbar aus dem Hause. Man führte mich dann in einen Verschlag und teilte mir mit, daß ich

mit meinem Leben abzuschließen

hätte. Einen der Leiter des Sicherheitsdienstes, Herrn Kelch, habe ich persönlich erkannt. An der ganzen Aktion nahmen neben Matrosen zahlreiche Sicherheitsmannschaften des Polizeipräsidiums Eichhorn teil.

Die Verwüstungen im Berliner Schloß.

Ueber den Zustand der Räume im Berliner Schloß, die der Einrichtung der Besichtigung am 24. Dezember ausgesetzt waren, schreibt die „Voss. Ztg." u. a.: Wie in den vorhergehenden Wochen stehen jetzt wieder Matrosen vor dem Schloß und halten alle Eingänge besetzt. Ueber die große Marmortreppe gelangt man in das „Japanische Zimmer", wo der Kaiser früher zu arbeiten pflegte. In dem Erker steht noch das Maschinengewehr, mit dem die Matrosen die Burgtreppe unter Feuer hielten und das Aufsehen von Artillerie dort verhinderten. Das daneben gelegene Adjutanten-Zimmer hat weniger gelitten. Die zahlreichen Schlachtgemälde sind unversehrt. Schwer [illegible] Eine Granate ist durch die marmorverkleidete Rückwand hindurchgegangen und in die Mauer des Hofes gefahren. Der Thronsaal ebenso wie der Jordanksaal, die ehemalige Bildergalerie sind fast noch unversehrt. Der lange schmale Speisesaal war während des Kampfes in einen Verbandsraum umgewandelt worden. Noch steht man dort die Schüsseln und Kannen mit Wasser, die blutigen Verbandsstoffe, und unter dem Fenster liegt die Leiche eines Matrosen, der bereits am Montag abend bei der Kämpfen getötet worden war. Die Privatzimmer des Kaisers sind vom Finanzministerium geschlossen worden. In einer kleinen Vorhalle des zweiten Hofes liegen noch fünf tote Matrosen.

„Keine Regierung ohne Macht!"

Die Vertreter der Mehrheitssozialisten im Rat der Volksbeauftragten veröffentlichen im „Vorwärts" eine Art Rechtfertigung ihres Verhaltens in den Ereignissen unmittelbar vor den Weihnachtsfeiertagen. Die drei Volksbeauftragten stellen darnach wiederholt fest, daß sie selbst jedes gewaltsame Vorgehen vermeiden und daß die Führer der Volksmarinedivision sich mit ihnen verständigen wollten. Trotzdem die Mißhandlung, die Todesdrohungen, ja das Todesurteil gegen Wels. „Wer will es nicht zu Frieden und Zusammenarbeit kommen lassen. Wer hat es persönlich schon Vertrag zu einem Blatt Papier zu machen? Die sind es und die liegen wie an, welche Tag für Tag unseren Genossen in der Regierung alle Verbrechen angeschickt haben." Die Genossen werden schließlich aufgefordert, selbst ihr Urteil zu sprechen, und wenn sie die Volksbeauftragten entlassen wollen, ihnen eine Macht zu verschaffen. „Keine Regierung ohne Macht! Der 24. Dezember hat uns ungeheure Werte an Volksvermögen und Volksansehen gekostet. Noch ein solcher Tag, und wir verlieren den Rang eines Staates, mit dem man verhandelt und Frieden schließt."

Die Regelung der Befehlsgewalt in Berlin.

Berlin, 28. Dez. Der „Vorwärts" meldet: Um der Anarchie im Befehlswesen innerhalb der Groß-Berliner Garnison ein Ende zu machen, die sich seit dem letzten Matrosenputsch und auf den Sturm auf den „Vorwärts" so deutlich erwiesen hat, beschlossen die Delegierten sämtlicher Truppenteile, daß bis zur endgültigen Regelung der Befehlsgewalt die Berliner Garnison die Kommandantur als die einzige Befehlsstelle innerhalb der Garnison anerkennt. — Die „Sozialistische Korrespondenz" schreibt zu der bevorstehenden Entscheidung u. a.:

Die Tagung der A.- und S.-Räte ganz Deutschlands in der vorigen Woche hat erwiesen, daß die übergroße Mehrzahl der Proletarier im Waffenrock und Arbeitskittel dem Volksbeauftragten Ebert ihr uneingeschränktes Vertrauen schenkt. Jetzt hat sich gegen die Herrschaft der Volksbeauftragten eine Militärrevolte erhoben, die im Augenblick beschwichtigt, morgen wieder losbrechen kann. Wie bei dem großen Soldnerkriege der Vergangenheit, so findet sich jetzt unter den Soldaten des deutschen Volksheeres eine kleine Zahl, die nicht aufhören will, Soldaten zu sein. Dies trifft insbesondere auf einen erheblichen Teil der Volksmarine-Division zu. Die Matrosen weigern sich, aus dem Heeresdienst entlassen zu werden.

Straßenkämpfe in Posen.

Berlin, 28. Dez. Wie die „Deutsche Allgem. Ztg." erfährt, haben gestern zwischen Vertretern des Auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums, des Waffenstillstands-Kommission und anderen Behörden abgehaltene Beratungen über die Polenfrage zu einem Ausgleich zwischen den extremen Anschauungen die über die gegen die Polen einzuschlagende Politik bestanden, geführt. Von diesem Ausgleich erhofft man wenigstens für die nächste Zeit eine Regelung der wichtigsten Fragen auf gütlichem Wege.

Inzwischen sei eine Nachricht eingetroffen, die der Lage ein neues Gesicht gäbe. In Posen seien gestern nachmittag Straßenkämpfe zwischen Deutschen und Polen ausgebrochen, die bis in die Abendstunden fortdauerten. Von welcher Seite der Anstoß gegeben wurde, steht noch nicht fest.

Im „Berliner Lok.-Anz." wird als Ursache der Unruhen in Posen angenommen, daß von deutschen durchziehenden Truppen eine der bei den Polen in großer Zahl heraushängenden Flaggen in amerikanischen, englischen und französischen Farben herabgerissen worden sei. Ein Trupp von etwa 100 Polen sei demonstrierend zum Polizeipräsidium gezogen, um es im Sturm zu nehmen. Es sei geschossen worden und eine Abteilung von 30 Mann des 20. Feld-Artillerie-Regiments mit Maschinengewehren mußte den bedrängten Kameraden zu Hilfe eilen. Nach einem lebhaften Feuergefecht sei es schließlich gelungen die Polen zurückzudrängen. Gegen abend wäre die Ruhe in der Stadt völlig wieder hergestellt gewesen.

Wiederausbruch des Streiks in Oberschlesien.

Beuthen, 27. Dezember. Der Oberschlesische Bergarbeiterstreik ist erneut im Aufleben. Bei der heutigen Frühschicht fehlten die Belegschaften von Hedwig Wunsch-Grube, Ludwig Glück-Abwehrgrube, Castellengo-Grube und der Schlesischen Grube vollständig.

Die Bergwerke melden, daß ihre oberschlesischen Gruben bedroht seien. Die Kohlenförderung betrüge nur noch die Hälfte der normalen Förderung im Kriege. Gelingt es nicht, dem Treiben der Spartakisten Einhalt zu tun, so wird die Förderung weiter zurückgehen und die Kohlenversorgung der Bevölkerung unmöglich werden.

Die Anarchie im Ruhrrevier.

Duisburg, 27. Dez. In der Versammlung der streikenden Bergleute kam es vor und im Rathaus zu Tumulten, bei denen mehrere Beamte schwer verletzt wurden. Verschiedene Läden wurden geplündert. Die Streikenden verhafteten den Generaldirektor Dahl, den Direktor Rabe, ferner Dr. Scaing, von der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser" (Thyssen-Zche) und brachten sie nach Mülheim-Ruhr, um sie dort als Geiseln bei den Verhandlungen mit der Firma Thyssen zu benutzen. Auch Thyssen selbst versuchte man habhaft zu werden, doch gelang der Anschlag nicht.

Im Hamborner Bezirk wieder 25 000 Streikende.

Essen, 27. Dez. Im Hamborner Bezirk ist unter dem Einfluß des Terrors die Zahl der streikenden Bergleute wieder auf 25 000 gestiegen. Heute oder morgen wird der preußische Minister Ströbel in Hamborn eintreffen, der mit den Ausständigen verhandeln soll. Ihre Forderungen lauten auf einen Schichtlohn von 19,50 Mark und eine Weihnachtsgratifikation von mehreren hundert Mark hinaus, während nach der kürzlichen Bewilligung weiterer 15prozentiger Lohnerhöhungen sich der Schichtlohn der Häuer bereits auf 18 bis 18,50 Mark stellte.

Der russische Propagandachef in Berlin.

Von zuverlässiger Seite geht der „Voss. Ztg." die Nachricht zu, daß der Chef der bolschewistischen Propaganda, Karl Radek, in Berlin weilt. Er ist nicht als offizieller Bote der Sowjetregierung gekommen, sondern auf eigene Faust, auf Schleichwegen, ohne Pässen der Behörden, ermöglicht. Nach einem in der „Roten Fahne" veröffentlichten Bericht gehörte Radek der zur Reichskonferenz der A.- und S.-Räte nach Berlin entsandten russischen Abordnung neben Joffe, Rakowski u. a. als Sekretär an; die Russen wurden in Dünnburg festgehalten und dann bekanntlich über Minsk zurückgeschafft. Es müßte Herrn Radek also gelungen sein, mit einem falschen Ausweis die Demarkationslinie zu überschreiten. Ob die Anwesenheit Radeks in Berlin mit der in den Weihnachtstagen verstärkten putschistischen Bewegung im Zusammenhang steht, wäre eine offene Frage. Bemerkt sei auch, daß in einem Bericht der mehrheitssozialistischen Volksbeauftragten über die Vorgänge am 23. und 24. Dezember die Rede von „Drahtziehern und Hintermännern" der Bewegung ist, deren Persönlichkeit im Dunklen gelassen wird.

Wilson in England.

London, 27. Dezember (Reuter.) Wilson hatte heute im Buckingham-Palast eine zweistündige Unterredung mit Lloyd George und Balfour.

Amerikanische Lebensmittelkommission in Deutschland.

In München trifft aus der Schweiz eine amerikanische Kommission aus dem Gefolge Wilsons ein, die zunächst in Bayern und dann im übrigen deutschen Reiche die politische Lage und die Verhältnisse der Lebensmittelversorgung studieren soll.

Aus der demokratischen Bewegung.

An Alle!

Für die deutsche Republik
Für die deutsche Freiheit
kämpft die Deutsche demokratische Partei.

Anmeldungen an das Büro Halle Markt 20.

Die Deutsche demokratische Partei und die Kolonien

Von Staatssekretär a. D. Dr. Bernhard Dernburg.

D. P. K. Unser Land hat reichliche, technisch hoch entwickelte, wirtschaftlich geschulte Kräfte, aber es hat einen Mangel an Rohprodukten und Nahrungsmitteln. Der Krieg und der jetzt kommende Frieden bringt es mit sich, daß wir vielerlei Schulden ins Ausland abzutragen haben werden, die nur durch Erzeugnisse deutschen Gewerbefleißes bezahlt werden können. Die Sicherung des Rohstoffbezuges und der Ernährungsbasis ist deshalb eine erste Forderung. Nach dem Punkte 5 der Wilsonschen Bedingungen vom 8. Januar 1918 hat Deutschland Anspruch auf koloniale Betätigung, auf einen Anteil an den unentwickelten Ländern und eine Kulturmission gegenüber schutzbedürftigen Rassen. Wie ich

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181228010/fragment/page=0002

bereits im Jahre 1906 ausgesprochen habe, ist Kolonialbesitz einer Vormundschaft vergleichbar, die dem Vormunde große sittliche Verpflichtungen der Erziehung, der Entwickelung und der Gesundung der Mündel auferlegt. Indem wir die minder entwickelten Rassen befähigen, ihren eigenen Boden in Afrika und Asien in zweckmäßiger und tüchtiger Weise zu bearbeiten und die Naturschätze zu gewinnen, und sie durch Unterricht, Hebung der Volksgesundheit, Herstellung von Ruhe und Ordnung dazu instand setzen, eröffnen wir uns gleichzeitig Rohstoffgebiete und Absatzmöglichkeiten, deren wir nicht entraten können. Der Staatssekretär Solf hat diese Aufgabe in die Worte: „Kolonisieren ist **missionieren**" zusammengefaßt. Die Deutsche demokratische Partei tritt für das Recht Deutschlands ein, an dieser Missionsarbeit beteiligt zu sein; sie verlangt einen angemessenen kolonialen Besitz unter denselben Bedingungen wie die anderen Länder und **verfolgt dabei ein kulturelles und wirtschaftliches Programm, wie es dem Geiste der neuen Zeit entspricht.**

Kunst und Wissenschaft.

Die wissenschaftliche Verständigung der Welt. An der Universität in Kristiania soll nach dem Vorschlag eines der bedeutendsten norwegischen Gelehrten, Prof. Gerhard Grau, nach dem Weltkriege ein Völkerinstitut gegründet werden, wo Gelehrte aller Völker und Länder auf neutralem Boden jene wissenschaftlichen Verbindungen wieder anknüpfen sollten, die durch den Weltkrieg zerrissen wurden. Prof. Alfred Stern (Zürich) stimmt mit Begeisterung dem Plan einer internationalen Akademie in Kristiania oder Zürich oder im Haag zu, um die bis jetzt die Diener der Wissenschaft trennt, möglichst bald zu lösen. Den gleichen Erfolg hofft Prof. Dr. Wilh. Waldeyer (Berlin) schon zu erreichen durch Wiederaufnahme der regelmäßigen Zusammenkünfte der „Internationalen Association der Akademien der Wissenschaften", die bisher noch gar nicht aufgelöst worden sei. Endlich weitet Romain Rolland diesen Plan — die ganze Anspracke findet in der „Neuen Politischen Internationale" am 19/12.18 Zeit —, indem er im Gegensatz zu den bisher geäußerten Wünschen, die sich naturgemäß auf die Wiederanknüpfung der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen den älteren Gelehrten von überwiegender Bedeutung lagen, gerade die jüngeren Forscher.

Provinzial-Nachrichten.

Dessau, 27. Dez. (Der Suckschuppen der hiesigen Zuckerraffinerie) mit Inhalt ist ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden ist erheblich.

Köthen, 27. Dez. (Der Geh. Oekonomierat Adolf Säuberlich) in Gröbzig, der Vorsitzende der Anhaltischen Landwirtschaftskammer, der kürzlich auf das 50jährige Jubiläum seiner Berufstätigkeit als Landwirt zurückblicken konnte, ist von der philosophischen Fakultät der Universität Halle zum Ehrendoktor ernannt worden. Eine Deputation der Fakultät überbrachte aus Prof. Geh. Rat Wohlmann, Geh. Rat Dr. Dieselhorst und Dr. Fröhlich, überreichte ihm das Diplom mit einer Ansprache, die bezeigte, welche großen Verdienste sich Geh. Rat Säuberlich um die Landwirtschaft nicht nur seiner anhaltischen Heimat, sondern auch weit darüber hinaus erworben hat.

Magdeburg, 27. Dez. („Die Kleinbetriebe müssen verschwinden.") Im Magdeburger Bürgerrat berichtete der Büchsenmeister Pfannenschmidt über eine Konferenz mit dem Reichsamt, die infolge einer Eingabe der Bäckerinnung auf Anpassung des Brotpreises an die Löhne und sonstigen Unkosten stattgefunden hat. Bei dieser habe das Mitglied des Exekutivausschusses des A- und S.-Rates Stadtr. Brandes ihnen u. a. erklärt, daß die neue Zeit erfordere, daß die Kleinbetriebe möglichst verschwinden müßten, weil die Dauer sein sie nicht mehr zu ertragen wäre, gut, wenn die Vertreter ihre Kollegen darauf hinwiesen, daß es ratsam sie sei, sich bald nach anderer Arbeit umzutun. Danach wären sie also gewinnen, als Arbeiter und Gesellen in die Kommunbäckereien zu gehen. Der Magistrat habe bei der Festsetzung des Mehlpreises Entgegenkommen gezeigt.

△ **Magdeburg**, 27. Dez. (Die umfangreiche Krankenanstalten) Sudenburgs sollen demnächst durch einen bedeutenden Neubau erweitert werden. Geplant ist die Einrichtung einer chirurgischen Abteilung mit 200 Betten, damit würde die Gruppe der nach den modernsten Grundsätzen eingerichteten großen Krankenabteilungen der Stadt wiederum vermehrt, nachdem vor einigen Jahren die gynäkologische Abteilung geschaffen wurde. Die Kosten nach Friedenspreis betrugen 1.600.000 Mark. Da der Bau gleichzeitig schwunghaft wäre, wird man noch einige Zeit mit dem Beginn warten. Das Haus wird auch im Zusammenhang mit der Akademie der praktischen Medizin, die in Magdeburg geschaffen werden soll, als nötig erachtet, da diese eine moderne chirurgische Abteilung braucht.

✓ **Zeitz**, 27. Dezember. (Fehlbetrag bei der Ortskrankenkasse.) Die allgemeine Ortskrankenkasse rechnet infolge des verschlechterten Krankenstandes bis zum Schlusse des laufenden Rechnungsjahres mit einem Fehlbetrage von 115 000 bis 120 000 Mark, wobei die Mitgliederbeiträge von 4½ auf 5 Prozent erhöht werden.

⊕ **Zeitzau**, 27. Dezember. (Die Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums) findet am 9. Februar statt. Anstatt 40 000 stimmberechtigten Bürgern wird es diesmal 40 000 Wahlberechtigte geben.

Jena, 27. Dez. (Als verlassene Familie zu gelten) ist seine schmerzhafte Sache. Durch Fahrlässigkeit hat aber ein Fahrzeuger einer angesehenen Familie diese Widerwärtigkeiten bereitet. Aus dem Felde heimgekehrt, unterließ er, der Entlassungsscheinkarte einen Besuch abzustatten. Stillmisch wurde die liebende Braut unbeklagt und abgeschrieben, auch die größere Frau Schwiegermutter nebst Gemahl und die übrigen Familienangehörigen wandern in die Arme. Nach ein paar Tagen eine gewaltige Entdeckung: die ganze Familie war verlaßt. Die Ursache des Mißgeschicks geriet in arge Schwierigkeiten.

✠ **Schleiheim**, 27. Dez. (Stiftungen.) Fabrikbesitzer Emil Hofmann hier hat zum Gedächtnis seines im Kriege gefallenen Sohnes eine Gedächtnisstiftung errichtet und dem Stadtarzt 40 000 Mark in Kriegsanleihe überwiesen. Die Zinsen sind jedes Jahr am Todestage Hugo Hofmanns an 20 bedürftige Schleiheimer Familien gleichmäßig zu verteilen. — Frau verw. Fabrikbesitzer Klara Stephan geb. Reuschel hier hat dem Stadtrat einen Scheck über 100 000 Mark als Karl Stephan-Stiftung zu einem städtischen Krankenhause überwiesen.

Weimar, 27. Dez. (Ein häßlicher Vorgang) wurde am verflossenen Sonntag in der Nähe des Grabens beobachtet. Ein militärischer Proviantwagen, hinter dem ein Pferd angekoppelt war, bewegte sich die Straße entlang. Plötzlich riß sich das Pferd los, um strack auf ein entgegenkommendes ländliches Fuhrwerk zuzulaufen. Dessen Besitzer erkannte in dem Zulaufer sein ehemaliges Füllen, seinen „Hans" wieder. Die Freude des Wiedersehens nach jahrelanger Trennung war für beide Teile natürlich groß, und auch die Menge nahm daran den schuldigen gebührten Anteil. Leider war sie nur von kurzer Dauer, denn der treue „Hans" mußte, wenn auch widerstrebend, seinen militärischen Führern weiterhin Gefolgschaft geben.

✠ **Kassel**, 28. Dezember. (Kampf mit Bahnräubern.) Eine Anzahl Soldaten erbrachen nachts auf dem Verschiebebahnhof Kassel Güterwagen und plünderten sie aus. Von dem Wachtposten angerufen, ließen sie nicht ab. Es entstand eine gegenseitige Schießerei. Drei Plünderer sind tödlichen Schüssen erlegen, zwei Wachtposten sind verletzt worden.

✠ **Saalfeld**, 27. Dez. (Zur Erinnerung an den gefallenen Sohn.) Fabrikbesitzer Friedrich Durian überreichte dem Magistrat 50 000 Mark als Leutnant Otto Durian-Stiftung, errichtet zum Gedächtnis seines am 31. Oktober für das Vaterland gefallenen Sohnes Otto. Der Zinsertrag ist bestimmt für unsere Kriegsinvaliden und sofern solche nicht mehr am Leben sind, für die Armen dieser Stadt.

□ **Gotha**, 27. Dezember. (Pferdediebstähle in der Kaserne.) In der Nacht zum Mittwoch sind aus der alten Reitbahn (Schloßgasse) sieben Demobilmachungspferde gestohlen worden. Die Diebe haben sich Eingang durch Aufreißen der Tür in die Räume verschafft. — Am Sonnabend wurden bei dem Verkauf von 200 Pferden nicht weniger als 26 Stück vom Kasernenhof entwendet. Ein Teil ist durch die Kriminalpolizei ausfindig gemacht und wieder herbeigeschafft worden, der Rest ist jedenfalls nach auswärts gekommen. Das ist beschämend für die Aufsicht. Die Kasernenhöfe sind doch umzäunt und am Tore steht ein Posten, der nur ausgewiesen zu werden brauchte, den rechtmäßigen Erwerb eines Pferdes zu prüfen, bevor das Pferd durch die Sperre darf. Die Wachtposten werden doch jetzt anständig bezahlt.

— **Underbeck**, 27. Dez. (Schulinspektion.) Die Geistlichen des Bezirks Underbeck haben die Ortsschulaufsicht niedergelegt.

✓ **Oberhof**, 27. Dez. (Hoher Schneefall.) Hier liegt der Schnee schon 40 Zentimeter hoch, so daß Gelegenheit zum Wintersport gegeben ist.

Göttingen, 27. Dez. (Reiche Beute.) 70 000 Mk. wurden hier im Schalterraum der Post gestohlen. Ein Bote des Garnisonkommandos legte bei seiner Abfertigung seine Tasche neben sich. Als er die verabfolgten Briefschaften in die Tasche legen wollte, war diese verschwunden und mit ihr der Inhalt von 70 000 Mark in Bargeld. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Fußball in Halle.

Der morgige Sonntag bringt als einzigstes sportliches Ereignis das Treffen Favorit—1896 auf dem Sportplatz am Zoo. Bekanntlich schlugen die Favoriten die Wiker vor wenigen Wochen mit 3:0. 96 wird daher morgen alles daran setzen, diese Niederlage wieder wettzumachen. Favorit wird natürlich alles aus sich herausgeben, seinen Sieg zu wiederholen, um zu beweisen, daß der Sieg kein Zufallserfolg war. Es ist also ein spannendes Spiel zu erwarten. Wer hieraus als Sieger hervorgehen wird, ist nicht vorauszusehen, zumal jeder Sonntag Ueberraschungen gebracht hat. Beginn des Spieles 4½ Uhr.

Polizeisportplatz: Eintracht II—Sportlust II.

Eintracht—Sportlust 4:0 (1:0). Am zweiten Feiertage standen die obige Mannschaften im Gesellschaftsspiele gegenüber. Eintracht erzielte bis zur Halbzeit durch Hugo ein Tor. Nach Halbzeit kommt Eintracht immer mehr auf und muß sich Sportlust trotz tapferer Gegenwehr noch weitere Tore durch Hugo 2 und Neyn 11 gefallen lassen.

Vermischtes.

Lustiges von der Reichstagung der A- und S.-Räte. Der „Vorwärts" sieht im Geiste schon die 15. Sitzung des Kongresses, die am 31. Dezember 1918, 11 Uhr abends beginnt und die er sich ungefähr so vorstellt: Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt zunächst ein Antrag Barth vor, seine fünf Ministerkollegen für sechs Schweinehunde zu erklären, nämlich die ersten vier für einfache und Hinmann für einen besonderen. Wer für diesen Antrag ist, der hebe ab.... In diesem Augenblick wird ihm die Uhr rechts. Es erscheinen dreißig Schneider. Jeder trägt in der Rechten eine angeheure Schere und in der Linken einen langen Stock mit einer Tafel. Der Führer der Abordnung beweist sofort durch ein Experiment, daß die Tafel abschraubbar, der Stock hiermit auch zu anderen Zwecken verwendbar ist. Der Führer der Schneider: Haben die Herren sonst eine Legitimation? Lebebaur (springt auf und eilt auf die Tribüne): Diese Frage ist konterrevolutionär. Die Deputation verdankt ihre Entsendung ihrer eigenen Diktatur, ist also völlig hinreichend legitimiert. Verlistet Sie keine Zeit! Es ist fünf Minuten vor zwölf. (Ungeheurer Beifall bei den Linksradikalen.) Während Lebebaur spricht, eilnet sich die Uhr links. Es erscheinen dreißig Hebammen. Jede trägt in der Rechten eine große Klistierspritze, in der Linken eine Tafel, auf der die Verordnungen der Hebammen verzeichnet sind. Die Ueberraschung ist so groß, daß alles in Schweigen ausbricht. Man hört auf einmal französische Militärmusik. Ein Frontsoldat springt auf die Tribüne und ruft: Die Franzosen kommen. Ich schlage vor, im Interesse unserer nationalen Würde .... (Stürmische Zustimmung der Linksradikalen und Rufe „Zur Ordnung rufen!" Ungeheurer Tumult.) Der Vorsitzende: Ich bitte um Ruhe! Lebebaur (springt auf und eilt auf die Tribüne): Diese Frage ist konterrevolutionär. Die Deputation verdankt ihre Entsendung ihrer eigenen Diktatur, ist also völlig hinreichend legitimiert. Verlistet Sie keine Zeit! Es ist fünf Minuten vor zwölf. (Ungeheurer Beifall bei den Linksradikalen.) Während Lebebaur spricht, eilnet sich die Uhr links. Es erscheinen dreißig Hebammen. Jede trägt in der Rechten eine große Klistierspritze, in der Linken eine Tafel, auf der die Verordnungen der Hebammen verzeichnet sind. Die Ueberraschung ist so groß, daß alles in Schweigen ausbricht. Man hört auf einmal französische Militärmusik. Ein Frontsoldat springt auf die Tribüne und ruft: Die Franzosen kommen. Ich schlage vor, im Interesse unserer nationalen Würde .... (Stürmische Zustimmung der Linksradikalen und Rufe „Zur Ordnung rufen!" Ungeheurer Tumult.) Der Vorsitzende: Ich bitte um Ruhe! Der Vorsitzende fuhr in die Knie. — Unter den Linksradikalen haben sich mittlerweile zwei Parteien gebildet. Die eine fordert, daß die Schneider zuerst an Worte kommen, die andere ist für die Hebammen. Beide Parteien werfen einander vor, konterrevolutionär zu sein und bedrohen sich gegenseitig mit den Fäusten. Ungeheurer Tumult. Der Zeiger der Uhr über dem Präsidentensitz steht auf zwölf. Ein französischer Offizier öffnet die Mr. Hinter ihm erscheint eine Kompagnie französische Jäger. Der französische Offizier: Sales boches! Deutsche Schweine! Alle verrückt! Alle einsperren! Marche! Von den Franzosen eskortiert, bilden sich ein Zug, der in zaudelnder Ordnung in der Richtung Duldorf abmarschiert. Dies ist der Sitzungsbericht, den sich der Vollzugsrat zur Abschiedsfeier des Kongresses der Arbeiter und Soldatenräte ausgedacht hat. Das Regiebuch ist von Richard Müller. — Ein vergessener Antrag. Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist bei der letzten Abstimmung im Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ein Antrag der Spartakusgruppe vergessen worden, der den Entwurf einer Geschäftsordnung vorsah. Der Entwurf enthielt u. a. folgende Bestimmungen: § 1. Der Kongreß zerfällt in: a) die Delegierten, b) die Tribünenbesucher, c) die draußen Demonstrierenden. § 2. Von diesen haben die unter c) genannten (Demonstranten) beschließende, die unter b) genannten (Tribünenbesucher) beratende, die unter a) genannten (Delegierte) überhaupt keine Stimme. § 3. Beschlüsse werden von den Demonstranten durch Eindringen in den Saal gefaßt. Jeder Demonstrant hat das Recht, auf einer Papptafel die Anzahl von Arbeitern, Soldaten usw. zu notieren, die er zu vertreten wünscht. § 4. Die Beratungen werden von den Tribünenbesuchern geführt. Können sieht das jederzeitige Recht zu, die Delegierten durch Zurufe wie „Lumpen", „Strolche", „Achtgroschenjungen" zur Ordnung zu rufen. Die Delegierten dürfen nicht wieder kommen, bevor die Arbeiter- und Soldatenräte" auseinandergelaufen. — Wir würden die Wirkung dieser Scherze, die bedenklich hart die Wirklichkeit streifen, stören, wenn wir ihnen ein Wort hinzufügen wollten. Hoffen wir, daß die Nationalversammlung die Grundlage für ein arbeitsfähiges Deutschland werden wird. Dann erst wird die Tagung der A- und S.-Räte, trotz all ihrer unglaublichen Zwischenfälle, ein Segen für das Reich.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

+ **Kohlenpreiserhöhung in Oberschlesien.** Der preußische Handelsminister hat die beantragte Erhöhung der Kohlenpreise auch für das oberschlesische Revier genehmigt und zwar um 11,50 Mark für die Tonne Steinkohlen und Steinkohlenbriketts inklusive Steuern.

Weitere Steigerung der Rohölpreise. Während ursprünglich eine Preiserhöhung von etwa 50 Mark in Aussicht genommen war, sollen die Preise nun um 60 Mark für die Tonne erhöht werden. Diese Maßnahme wird in Verbandskreisen damit erklärt, daß die Kokspreise über Erwarten herausgesetzt worden sind.

+ **Unkäufe von Kohlenfeldern.** Die preußische Eisenbahnverwaltung hat von der Stadtgemeinde Bitterfeld 84 Morgen Kohlenfelder erworben. Die dort lagernde Braunkohle soll bei der Elektrisierung der Eisenbahnstrecke Halle—Bitterfeld—Berlin verwendet werden.

+ **Die Schiffahrts- und Flößereiabgaben auf der Saale** werden vom 1. Januar ab um 100 Prozent erhöht.

+ **20 Pfennig-Tarif bei der Großen Berliner Straßenbahn.** Dem Vernehmen nach schweben bereits Verhandlungen nach der Richtung, den 20 Pfennig-Einheitstarif spätestens vom 1. April 1919 ab in Kraft treten zu lassen.

+ **In dem Konkurs der Gewerbebank e. G. m. b. H.** in Weißenfels soll eine Abschlagsverteilung von 30 Prozent erfolgen. Zu berücksichtigen sind 126 922,19 Mk. nicht bevorrechtigte Forderungen.

Neue Mühlengesellschaft. Wie uns Sicherer mitgeteilt wird, wurde dort mit einem zunächst 1 Million Mk. betragenden Kapital die „Kraftwagenverkehrs-A.-G." gegründet. Das neue Unternehmen erwirbt von der Heeresverwaltung 6000 Kraftwagen, die dem Güterverkehr im Innerstaatlichen dienen sollen.

Weitere Freigabe von Verbrauchsgütern. Nach vor Abschluß des Jahres werden die Bezugsscheine für die Monate Februar, März und April nächsten Jahres zur Ausgabe gelangen, so daß also um die Jahreswende mit einem starken Verkehr in Verbrauchsgütern zu rechnen ist.

Linke-Hofmann-Werke, Akt.-Ges., in Breslau. Wie die Verwaltung mitteilt, hat die Kölner Abteilung, die aus der im vorigen Jahre erfolgten Angliederung der Wagon-Fabrik, Akt.-Ges., vorm. Herbrandt in Köln-Ehrenfeld hervorgegangen ist, sehr unter den Verkehrsschwierigkeiten zu leiden. Mit Aufträgen sei das Unternehmen reichlich versehen, so daß es auch angesichts der zahlreichen neuen Projekte im ganzen nächsten Jahre voraussichtlich noch genug zu tun haben werde. Die Sperrung des Eisenbahnverkehrs, namentlich auf der Strecke Köln—Aachen, hat die Kohlenversorgung sehr stark beeinträchtigt, neben der Kohle fehlen aber auch noch andere Rohstoffe, namentlich Eisen. Nur mit Holz ist die Gesellschaft auf Jahre hinaus gut versehen. Die Folge jener Störungen sei gewesen, daß der monatliche Umsatz im November 1918 um 25 Prozent gesunken sei. Zuerst habe man geglaubt, im laufenden Jahre den Mindermsatz wieder wettzumachen, doch scheint der Umsatz im Monat Dezember gleich niedrig zu werden wie im Monat zuvor.

Metall-Gesellschaft in Frankfurt a. M. In dem am 30. September abgeschlossenen Geschäftsjahr ist der Robertzug der Gesellschaft gegen das Vorjahr um 2 942 678 Mk. auf 6 580 102 Mk. zurückgegangen. Andererseits haben auch die Unkosten einschließlich Steuern, die 1 677 977 Mk. betrugen um 887 011 Mk. abgenommen, so daß der Ueberschuß einschließlich 184 218 Mk. Vortrag aus dem Vorjahr sich auf 5 035 727 Mk. gegen 6 960 514 Mk. beläuft. Hieraus kommt, wie bereits gemeldet, eine Dividende von 18 Prozent (i. V. 25 Prozent) zur Ausschüttung. Gewinnanteile und Belohnungen sind mit 1 541 028 Mk. (2 276 301) dotiert, und die Beamtenversorgungskasse erhält wieder 50 000 Mk. Der Vortrag auf neue Rechnung erhöht sich auf 205 404 Mk. Nach der Bilanz sind die laufenden Verbindlichkeiten von 25,72 Mill. Mark auf 20,56 Mill. Mark gestiegen, während die Depositen und vorausbezahlenden Mietzinsen für schwebende Verbindlichkeiten sich von 19,48 auf 17,96 Mill. Mark verringert haben. Auf der anderen Seite werden in bar und Wechsel 2,47 Mill. Mark (6,99), in Staats- und Stadt- und Eisenbahnanleihen 15,84 Mill. Mark (13,37) ausgewiesen. Der Besitz an Aktien und Obligationen hat sich von 19,01 auf 22,06 Mill. Mark erhöht. Die Warenvorräte sind mit 1,70 Mill. Mark (1,57) bewertet, die Außenstände betragen zum Schluß des Geschäftsjahres 57,02 Mill. Mark (36,43).

Wetternachricht der „Saale-Zeitung".
29. Dezember:
Unruhig, wolkig, mild, zeitweise Regen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerichtshalle, Hugo Brinkmann; für Sport, und Briefkasten: Heinrich Mieschner; Feuilleton, Unterhaltungsstoff Vermischtes usw. Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: P. Hackenbracht. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Elektrische Hausanlagen, Ortsanlagen, Fernleitungen.
Lieferung von elektr. Installationsmaterial und Armaturen für Fernleitungen.
Ueber 3000 Anlagen ausgeführt, Motoren- und Anlagen-Reparaturen.
Telegr.-Adr.: Elektrovondran. **Maschinenfabrik Arthur Vondran, Halle, Königstrasse 58.** Telephon Nr. 1131.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181228010/fragment/page=0003

Deutsche demokratische Partei.

Deutsche Männer und Frauen!

Verantwortungsvoll und schwer liegt die Entscheidung über Deutschlands Zukunft in Eurer Hand. **Wie sollt Ihr wählen?**

Im entschlossenen Kampfe gegen die Reaktion von rechts und den Mißbrauch der Freiheit von links ringt die Deutsche demokratische Partei um die Entscheidung. Ihre Führer und die Massen, die hinter ihnen stehen, haben seit Jahren die Machtpolitik der Annektionisten bekämpft und den rechtzeitigen Frieden der Verständigung gefordert. Sie haben von jeher für die politischen Freiheiten gekämpft, die wir jetzt endlich verwirklicht sehen, und sie sind stets entschlossene Förderer sozialen Fortschrittes gewesen.

Die **Deutsche demokratische Partei** steht mit voller Ueberzeugung auf dem Boden der durch die Revolution geschaffenen Lage. **Friede, Ordnung, Arbeit, Brot, gewährleistet durch eine starke Staatsgewalt,** sind ihre nächsten Ziele. Gerade in der höchsten Not unseres Volkes bekennt sich die Deutsche demokratische Partei voll Stolz zu einem aufrechten, seines Wertes bewußten Deutschtums.

Im einzelnen werden folgende Forderungen erhoben:

Die Deutsche demokratische Partei fordert unter entschiedener Abweisung der unwürdigen Absplitterungsbestrebung unbedingte Wahrung der **nationalen Einheit** und darüber hinaus die **Vereinigung aller deutschen Stämme im großdeutschen Volksstaat.** Was schon die Sehnsucht der 48er Demokraten war, muß jetzt endlich wahr werden.

Die Deutsche demokratische Partei fordert im Gegensatz zur Deutschnationalen Volkspartei, die sich nach der Rückkehr der Fürsten sehnt, **die unbedingte Sicherung der republikanischen Staatsform.**

Die Deutsche demokratische Partei fordert an Stelle des bureaukratischen Obrigkeitsstaates, der das Volk bevormundet, und deshalb das Ideal aller rechtsgerichteten Kreise ist, den **freien sozialen Volksstaat,** in welchem das mündige Volk selbst seine Geschicke bestimmt.

Die Deutsche demokratische Partei fordert den Aufbau des Staates auf demokratischer Grundlage. **Demokratie ist nicht die Herrschaft der lauten Masse, sondern die Herrschaft der verantwortungsbereiten Mehrheit des Volkes.**

Die Deutsche demokratische Partei bekämpft jede Gewaltherrschaft und jeden Terror; sie will nicht an Stelle der Diktatur der Militaristen nun die Diktatur einer brutalen sozialistischen Minderheit setzen. **Die unabhängigen Sozialisten, die die National-Versammlung zu hintertreiben und das Räte-System zu verewigen suchen, sind die Feinde jeder wirklichen Demokratie.**

Die Deutsche demokratische Partei fordert im Gegensatz zu der Deutschnationalen Volkspartei, die nur die „Mitarbeit" der **Frau** im öffentlichen Leben für geboten hält, **volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung beider Geschlechter.**

Die Deutsche demokratische Partei verlangt im Gegensatz zu der Deutschnationalen Volkspartei das **allgemeine, gleiche** und **geheime Wahlrecht und die Verhältniswahl** für alle gesetzgebenden Körperschaften im Reich, Staat und Gemeinde.

Die Deutsche demokratische Partei will nicht eine kapitalistische Geldsack-Republik nach ausländischem Muster, sondern den sozialen Volksstaat. **Sie verlangt entschlossene und freudige Durchführung des sozialen Gedankens innerhalb der bestehenden freien Wirtschaftsordnung.** Die Tatkraft und Schaffensfreudigkeit der Unternehmer sind unentbehrlich zur Wiederaufrichtung und Fortentwicklung unseres Wirtschaftslebens. Auch sie sollen um ihren gerechten Lohn nicht betrogen werden.

Die Deutsche demokratische Partei lehnt den sozialistischen Zwangsstaat, von dem wir in dem kriegswirtschaftlichen Karten- und Markensystem einen abschreckenden Vorgeschmack erhalten haben, entschieden ab. Sie will einen Staat, in dem die Sehnsucht der Massen nach **wirtschaftlichem und kulturellem Fortschritt** erfüllt, aber der Mensch nicht zur Nummer wird. Der Aufstieg der Tüchtigen, die freie Entwicklung und Tatkraft starker und unabhängiger Persönlichkeiten muß die Masse immer wieder vorwärts treiben zu hohen Zielen.

Die Deutsche demokratische Partei fordert eine sachgemäße Einschränkung — wo es irgendwie angeht — auf acht Stunden herabgesetzte Arbeitsdauer und völlige Sonntagsruhe in allen hierzu nur irgend geeigneten Betrieben; sie verlangt in Verbindung mit staatlichen und kommunalen Arbeitsnachweisen die Einführung einer **Arbeitslosen-Versicherung,** damit niemand mehr hungert, der zur Arbeit bereit. Sie fordert **Arbeiter- und Angestellten-Zuschüsse in allen Großbetrieben** und die **vollkommene Sicherung des Koalitionsrechtes für jedermann.**

Die Deutsche demokratische Partei fordert ein **neuzeitliches Beamtenrecht** und eine **durchgreifende Besoldungsreform.** Volle staatsbürgerliche Freiheit der Beamten und Aufstieg lediglich nach der Tüchtigkeit. Angemessene Versorgung der Kapitulanten und aktiven Offiziere. Entschiedene Zurückweisung aller Bestrebungen, die zum Bürgerkrieg und Staatsbankrott führen müssen und deshalb gerade die Ansprüche der Beamten, Pensionäre und Berufssoldaten besonders gefährden.

Die Deutsche demokratische Partei fordert im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die den selbständigen Mittelstand als überlebte, dem Untergang geweihte Wirtschaftsreform anficht, **Förderung der gewerblichen und bäuerlichen Mittelschichten.** Der **rechtschaffene Handel** ist zur rationellen Güterverteilung unentbehrlich; deshalb schleuniger Abbau der bisherigen Zwangswirtschaft. Das **Handwerk** muß durch Zuteilung von Rohstoffen, durch gute Fachausbildung und Ausbau des Genossenschaftswesens dem Großbetriebe gegenüber konkurrenzfähig erhalten werden.

Die Deutsche demokratische Partei erblickt in einem **selbständigen freien Bauernstand die Quelle der nationalen Volkskraft.** Der bäuerliche Besitz hat sich allen Prophezeiungen und Irrlehren der Sozialdemokratie zum Trotz schon bisher ständig an Zahl und Fläche vermehrt. Doch muß die **innere Kolonisation** viel stärker als bisher gefördert werden. Beseitigung der Fideikommisse, Verhinderung der Neubildung von Großgrundbesitz, seine Verminderung durch zweckmäßige Aufteilung an Bauern- und Landarbeiter im großen Stil, **Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens,** sind die nächsten Ziele.

Die Deutsche demokratische Partei fordert **Sicherung der Ansprüche der Kriegsbeschädigten, der Kriegswitwen und -Waisen.** Staatliche Hilfe muß ihnen zur Begründung einer neuen Existenz gewährt werden.

Die Deutsche demokratische Partei fordert **weitestgehende Einziehung der Kriegsgewinne und entschlossene Heranziehung der großen Vermögen** zur Deckung der Kriegsschuld. **Großbetriebe, die sich zu Monopolen in Privathand entwickelt haben und bei denen eine wesentliche Steigerung des Ertrages im Privatbesitz nicht mehr zu erwarten ist, sind unter Entschädigung ihrer Besitzer in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.** Nur der Staat selbst kann diese Betriebe sozialisieren. Der selbständige Eingriff ihrer Arbeiterschaft schädigt die Allgemeinheit schwer und hemmt die Produktion, statt sie zu steigern.

Die Deutsche demokratische Partei fordert eine **Reform des Steuerwesens in sozialem Geiste** unter Berücksichtigung bevölkerungspolitischer Gesichtspunkte (Kinderzahl usw.) und eine großzügige Boden- und Wohnungspolitik.

Die Deutsche demokratische Partei fordert **Trennung von Kirche und Staat ohne Verletzung religiöser Empfindungen und rechtmäßiger Ansprüche der Kirche. Kein Bekenntniszwang, aber Freiheit des Religionsunterrichts auch in der Schule.**

Die Deutsche demokratische Partei fordert eine **auswärtige Politik, die der Wiederkehr des Völkermordens vorbeugt.** Sie erstrebt deshalb einen Frieden der Gerechtigkeit und der Völkerversöhnung. **Selbstbestimmung und Recht müssen auch im Völkerleben an die Stelle von Macht und Vergewaltigung treten.** Sie tritt ein für weitestgehende internationale Schiedsgerichtsbarkeit, für Abrüstung und einen auch den deutschen Interessen gerechtwerdenden Bund freier Völker.

Die Deutsche demokratische Partei wendet sich **gegen das unwürdige Treiben eines Teils der jetzigen sozialistischen Regierungen, die nach dem Diktat haßerfüllter Feinde Deutschland allein die Schuld am Kriegsausbruch zuschieben,** an dem die Kriegshetzer aller Länder gleich schuldig sind, und verlangt eine Politik der Würde und Entschlossenheit gegenüber den Versuchen auswärtiger Staaten, die Selbstbestimmung bisher deutscher Landesteile und unserer österreichischen Brüder zu vergewaltigen. **Das Wort „deutsch" darf nicht zum Gespött der Welt werden!**

Deutsche Männer und Frauen! Nun wißt Ihr, was die Deutsche demokratische Partei fordert. Siegt sie am 19. Januar, dann wird unser Volk das freieste und sozialste der Erde werden, dann gehen wir einer gesicherten, glücklichen Zukunft entgegen, und deutsche Arbeit und deutsche Tatkraft haben bald wieder ihren alten guten Klang.

Laßt Euch nicht betören durch Verlockungen und Phrasen, prüft sorgfältig und wählt! Vor allem aber laßt jetzt in der höchsten Not des Landes den Mut nicht sinken, gebt Euch selbst nicht auf! Ein Volk, das 52 Monate einer Welt getrotzt hat in namenloser Treue und Hingebung, das geht nicht zu Grunde, sondern wird leben!

Der Vorstand des Deutschen demokratischen Vereins für Halle.

Dr. Schreiber, Rechtsanwalt, 1. Vorsitzender. **Deltus,** Postsekretär, 2. Vorsitzender. Prof. Dr. med. **Abderhalden,** 3. Vorsitzender.

Ludwig, Friedrich, Möbelfabrikant. Prof. Dr. **Gustav Lubin,** Privatdozent. **Gustav Falke,** Postsekretär und Stadtverordneter. **Emil Neunemann,** kaufmännischer Angestellter. Frau Justizrat **Neunewitz.** Steuersekretär **Ernst August Bertram. Oskar Breitter,** Graveur. **Eugen Brinkmann,** Redakteur und Schriftsteller. **Hermann Cammerath,** Rentier. Prof. Dr **Deutschbein. A. Dobrint,** Werkmeister. **Franz Doehler,** Kaufmann. **Richard Ernst,** Kaufmann. **Karl Georg,** Kaufmann und Stadtverordneter. **Florsheim,** Rentier. **Eugen Freyberg,** Oberbahnassistent. **Gille,** Kaufmann. Frl. Dr. **Golche,** Direktorin der städtischen Frauenschule. Dr. **Gumz,** Rechtsanwalt. **Haack,** Steinsetzmeister. Rektor **Haase-Hasselmann,** Studienreferendar. Dr **Paul Habe,** Oberlehrer. **Louis Hanschild,** Maschinenmeister. **Carl Helms,** Redakteur. **Wolfgang Herzfeld,** Justizrat und Stadtverordneter. Prof. Dr. **Rudolf Joerges.** Frau **Hedwig Kathe,** Kaufmann. **Johannes Kralle,** Kaufmann. Frl. Dr. **Lange,** städtische Wohnungsinspektorin. **Theodor Lehmann,** Architekt. **Georg Leister,** Mühlendirektor. **Leppin,** Kaufmann. **Oskar Manschewski,** Kaufmann und Stadtverordneter. **Albert Mauz,** Kaufmann. **Minner,** Oberingenieur. **Möbius,** Postassistent. **Mußmann,** Postsekretär. **Ernst Nord,** Generaldirektor. **August Plocinigs,** Volksschullehrer. **Ruhe,** Maurermeister. **Erwin Schaarschmidt,** Oberpostschaffner und Stadtverordneter. **Kurt Stechner,** Bankier. Frau Prof. **Schmidt-Hamm. Margarete Schreiber,** Gewerkschaftssekretärin. **Marta Schumann,** Lehrerin. **Walter Schwarz,** Bankier. **Karl Tretrop,** Gerichtssekretär. Dr. med. **Gustav Ulrichs** jun., Arzt. **Winkelmann,** Weichensteller. **Max Wohlleben,** Schlosser. Frau Prof. **Wulff.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181228010/fragment/page=0004